

Fusion: Bürger müssen mitziehen

Gebietsreform Was wird aus der VG St. Goar-Oberwesel? – Bungert hofft auf Sonderfall

Von unserer Mitarbeiterin Suzanne Breitbach

St. Goar. „Was wird aus der Verbandsgemeinde St. Goar-Oberwesel?“ Antworten auf diese Frage erhofften sich rund 100 Zuhörer, die auf Einladung der CDU ins Hotel „Loreleyblick“ nach St. Goar gekommen waren. Sachkundiger Referent war Winfried Manns, Vorstandsmitglied des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz.

Einheitliches System schwierig

Aus seiner Sicht hat sich die Verbandsgemeinde bewährt, auch betriebswirtschaftlich. Ein einheitliches System sei in Rheinland-Pfalz schwierig, betonte Manns. Die Durchschnittsverbandsgemeinde werde bei den Reformplänen gesucht. 105 Quadratkilometer groß, mit maximal 15 Ortsgemeinden – so sieht die Verbandsgemeinde der Zukunft aus. Laut den Mainzer Reformplänen sollen von den landesweit 163 Verbandsgemeinden 110 übrig bleiben. Somit begeben sich viele kleinere Verbandsgemeinden auf die Suche nach einem größeren Partner, der eigentlich nicht fusionieren müsste. Viele Emotionen würden hochgekocht, sagte Manns.

„Unendliche Diskussionen in Gemeinde oder Kreis nutzen nicht viel, letztendlich entscheidet der Landtag über künftige Fusionen. Die Bürger haben somit wenig Mitspracherecht“, gab Manns zu bedenken. Bei der Beantwortung der Frage, welche Auswirkungen die Fusionspläne auf den Rhein-Hunsrück-Kreis haben, warb Manns um eine vernünftige Diskussion und das intensive Kennenlernen der Nachbarn, die für eine Fusion in Frage kommen. Wie kann sich das neue Gebilde entfalten? Welche Synergien entstehen? Wie entwickelt sich die Schullandschaft? Besonders diese Fragen bedürften einer Klärung.

„Suchen Sie das Gespräch, aber bitte ohne Emotionen“, so der Appell des Geschäftsführers.

„Der Traum Mittelrhein-Kreis ist ohne Brücke gestorben,“ äußerte sich der St. Goar-Oberweseler Bürgermeister Thomas Bungert. Die Berührungspunkte zum Hunsrück sind seiner Meinung nach zu gering. Tourismus, Weinbau, Bahnlärm und viele andere Themen betreffen allein den Mittelrhein, meint Bungert. Sie sind VG-übergreifend und spielen daher bei Fusionsüberlegungen eine große Rolle. Zur möglichen Fusion mit Boppard verdeutlichte Thomas Bungert, dass dabei eine Auflösung der Stadt Boppard vorrangig sei. „Man kann nur heiraten, wenn die Braut auch will.“

Das Gutachten, das vom Innenministerium in Auftrag gegeben wurde, sollte bis Ende 2010 vorliegen. Nach neuesten Informationen ist mit einer Veröffentlichung erst Ende Februar zu rechnen. Bungert hat die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass die VG St. Goar-Oberwesel zu einem Sonderfall wird und damit in ihrem Bestand erhalten bleibt. Er plant eine große Info-Kampagne. Gegen den Willen der Bevölkerung will Bungert auf keinen Fall eine Fusion betreiben.

„Keiner wird in eine Stadt Boppard eintreten, sondern nur in eine Verbandsgemeinde Boppard,“ prognostizierte der Bad Salziger Ortsvorsteher und Stadtratsmitglied Wolfgang Spitz.

Fusion mit Boppard?

„Der Deckel hält nicht mehr lange zu. Die Bürger wollen gefragt werden. Festhalten, aber weitersuchen,“ lautet die Devise von Bürgermeister Walter Mallmann aus St. Goar. Mit Spannung werde das Gutachten erwartet. Er kann sich gut vorstellen, dass die VG St. Goar-Oberwesel mit einer neuen VG Boppard fusioniert, aber auch die VG Emmelshausen und Rhein-Nahe sind nach wie Optionen.

Andreas Schmelzeisen (Oberwesel) favorisiert die Fusion mit der Verbandsgemeinde Rhein-Nahe. Den Bereich zwischen Trechtingshausen und Bacharach bezeichnete er als „topografische Missgeburt“. „Schon lange orientieren sich die Bewohner des Viertälergebietes nach Oberwesel, egal ob beim Einkauf oder beim Arztbesuch“, erläuterte er die derzeitige Situation.